

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Poststr. 2-4 · Tübingen

An die Vertreterinnen und Vertreter
der Presse

Kreisverband Tübingen

Kreisvorstand

kreisvorstand@gruene-
tuebingen.de

Geschäftsstelle

Poststr. 2-4

72072 Tübingen

Tel.: +49 (7071) 51496

buero@gruene-tuebingen.de

www.gruene-tuebingen.de

Tübingen, 28. Februar 2025

PRESSEMITTEILUNG

CDU/CSU greift Demokratie-Initiativen an – Ein beunruhigender Umgang mit Kritik

Tübingen, 28.02.2025 – Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat nur einen Tag nach der Bundestagswahl eine sogenannte „Kleine Anfrage“ mit insgesamt 551 Fragen an die Bundesregierung gerichtet. Unter dem Titel „Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen“ wird darin der Protest zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen gegen die gemeinsame Abstimmung der Union mit der AfD zur Migrations- und Asylpolitik kritisiert.

Besorgniserregend ist dabei vor allem die Sichtweise der CDU/CSU: Sie stellt politische Neutralität mit parteipolitischer Gleichgültigkeit gleich und deutet Proteste gegen einen demokratiegefährdenden Tabubruch als gezielte Einflussnahme gegen die eigene Partei. Statt sich mit der inhaltlichen Kritik auseinanderzusetzen, diffamiert sie zivilgesellschaftliche Organisationen als Teil einer angeblichen „Schattenstruktur“, die mit öffentlichen Geldern Politik betreibt.

Angriff auf die Zivilgesellschaft

Die CDU/CSU zielt mit ihrer Anfrage auf 17 Organisationen ab, darunter anerkannte Akteure wie Greenpeace, die Deutsche Umwelthilfe, CORRECTIV, Campact und die Amadeu Antonio Stiftung. Sie suggeriert dabei, dass mit staatlichen Projektmitteln parteipolitische Kampagnen finanziert würden – eine unbelegte und gefährliche Unterstellung. Tatsächlich werden Programme wie „Demokratie leben“ streng nach den Vorgaben der Bundeshaushaltsordnung vergeben und abgerechnet und dienen der Finanzierung einzelner Projekte - niemals ganzer Organisationen.

Ablenkung von eigenen demokratischen Verfehlungen

Statt sich mit den berechtigten Sorgen der Zivilgesellschaft über die demokratischen Folgen einer Zusammenarbeit mit der AfD auseinanderzusetzen, inszeniert sich die CDU/CSU als Opfer. Sie ignoriert bewusst, dass sich diese Organisationen für den Schutz demokratischer Werte und Institutionen einsetzen – eine Aufgabe, die nicht parteipolitisch, sondern gesamtgesellschaftlich zu verstehen ist.

„Die CDU/CSU versucht, Kritiker*innen mundtot zu machen und das gesellschaftliche Engagement für Demokratie zu delegitimieren“, erklärt Stefan Genschow, Vorstand des Kreisverbands Tübingen von Bündnis 90/Die Grünen. „Gerade in Zeiten, in denen die Demokratie unter Druck steht, brauchen wir eine starke Zivilgesellschaft, die Missstände benennt und gegen rechtsradikale Einflussnahme Haltung zeigt.“

Bei Rückfragen wenden Sie sich gerne an:

Klaus Kittler (Mitglied des Kreisvorstands von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Tübingen)

Mobil: 0174 3340 959

klaus.kittler@gruene-tuebingen.de